



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### Angerichteten Schaden der Enthaltung bei der Gentechnik-Abstimmung von Schwarz-Rot für Bayern begrenzen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bedauert
  - a) die fehlende Durchsetzungskraft des Bayerischen Ministerpräsidenten, des Bundeslandwirtschaftsministers und der Bundes-SPD sowie die daraus folgende Enthaltung der CDU/CSU-SPD Bundesregierung im Ministerrat bei der Abstimmung über die Zulassung der Maisart „Pioneer-Mais 1507“, die eine faktische Zustimmung zum Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland und Bayern darstellt;
  - b) dass Deutschland seiner immer wieder betonten Führungsrolle in Europa durch die „kraftvolle Enthaltung“ der Bundesregierung nicht gerecht geworden ist und entgegen der Ablehnung von insgesamt 19 Mitgliedstaaten, darunter auch wichtige Partner wie Frankreich, der Gentechnik auf unseren Äckern in Europa den Boden bereitet hat.
2. Der Landtag verurteilt die gentechnikfreundliche Haltung der Bundeskanzlerin und der CDU, die entgegen der deutlichen ablehnenden Mehrheit in der Bevölkerung den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auf deutschen Feldern durchsetzen wollen.
3. Der Landtag hält fest,
  - a) dass er weiterhin zu einem gentechnikanbau-freien Bayern steht,
  - b) dass die Gefahren, die von der Maissorte „Pioneer-Mais 1507“ ausgehen, für Mensch und Natur nicht abschätzbar sind.

4. Die Staatsregierung wird aufgefordert,
  - a) sich nachdrücklich bei der EU-Kommission dafür einzusetzen, dass sie mit Hinweis auf die breite Ablehnung der Zulassung von 19 EU-Mitgliedstaaten im Ministerrat die Genmaissorte „Pioneer 1507“ nicht zulässt;
  - b) im Fall der Zulassung der Genmaissorte durch die EU-Kommission
    - sich im Bund und in Europa für die Einführung einer „Opt-out“-Klausel einzusetzen, die den Ausstieg aus einer generellen EU-weiten Zulassung ermöglicht,
    - den Anbau des Genmaises 1507 auf bayerischem Boden mit Inkaufnahme aller daraus resultierenden rechtlichen Konsequenzen für den Freistaat bis zur erfolgreichen Aushandlung einer „Opt-out“-Klausel weiterhin zu verbieten,
    - dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Entwicklungen in den beiden vorgenannten Punkten vierteljährlich zu berichten und darzulegen wie sie Gefahren durch gentechnisch veränderten Importmais in Bayern künftig begrenzen will,
    - sich im Rahmen der Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen im Bund und bei der EU-Kommission dafür einzusetzen, dass dem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen hierdurch nicht der Boden in Bayern und Deutschland bereitet wird;
  - c) sich darüber hinaus im Bund und in Europa dafür einzusetzen, dass künftig keine weiteren gentechnisch veränderten Pflanzen in der EU zugelassen werden.

### Begründung:

Laut Umfragen lehnen über 80 Prozent der Bundesbürger den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ab. Trotz dieser überragenden Mehrheit und einer dahingehend eindeutigen Formulierung im Koalitionsvertrag der schwarz-roten Bundesregierung haben sich CDU, CSU und SPD am 11. Februar 2014 bei der Abstimmung im Ministerrat enthalten und damit dem Anbau des Genmais „Pioneer 1507“ auf deutschem und bayerischem Boden den Weg freigeräumt. Nun muss

die Bayerische Staatsregierung im Namen des Bayerischen Landtags tatkräftig Schadensbegrenzung betreiben: Zum einen, indem sie sich bei der EU-Kommission einsetzt, die endgültige Zulassung des Genmais zu verhindern, zum anderen durch den Einsatz für eine „Opt-out“-Klausel in Bund und Europa.

Um den lückenlosen Fortbestand unseres gentechnikbaufreien Bayerns zu sichern, bedarf es außerdem im Falle einer Zulassung der Genmaissorte einem Schutz Bayerns vor Genmaisbau, bis eine „Opt-out“-Klausel ausgehandelt ist. Schließlich muss sich Bayern dafür stark machen, dass weiterhin gentechnisch veränderte Pflanzen in Europa nicht zugelassen werden.